

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA e.V. NRW
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V.
Samstag, 26. Februar 2011
im ver.di-Haus , Karlstraße 123-124 , 40210 Düsseldorf

Schafft Demokratie und Frieden!
Stoppt Rechtsentwicklung, Krieg und Krisenlasten!
(Motto der Landesdelegiertenkonferenz 2011)

**Bericht über die Arbeit der VVN-BdA NRW
vom Februar 2008 bis Februar 2011**

Vorbemerkung

Die VVN-BdA kommt immer mehr in die Rolle eines realen Verfassungsschutzes. Immer wieder müssen wir darauf aufmerksam machen, dass angeblich „Verfassungsfeindliches“ in den Auseinandersetzungen um Frieden, Demokratie und um die Krisenabwehr den Wortlauten von Landesverfassung und Grundgesetz entspricht. Die abgewählte Landesregierung wurde von uns wiederholt auf den Verfassungstext aufmerksam gemacht, doch sie drohte mit Bestrafung, wenn Antifaschisten z.B. mit antifaschistischen, antikapitalistischen und antimilitaristischen Aussagen aus Verfassungstexten und Urteilsprüchen die Nazis blockieren wollten. Auch die neue Regierung in Düsseldorf hat noch keine grundsätzliche Abkehr von den Positionen von Schwarz-Gelb erkennen lassen. Polizeipräsidenten haben hierzulande noch immer mehr zu sagen als gewählte Politiker. Wir treten ein für einen wirklichen Politikwechsel, um die Rechtsentwicklung, die Krisenlasten und die Kriegspolitik zu stoppen und endlich mehr Demokratie zu wagen.

Die 2008er Landesdelegiertenkonferenz in Düsseldorf wurde mit Referaten von Sevim Dagdelen, MdB Linkspartei („Der Kampf gegen die Nazis hat immer einen antikapitalistischen Ansatz“), Prof. Dr. Wolfgang Dreßen, Uni Düsseldorf („Wer über den Kapitalismus nicht reden will, soll über den Faschismus schweigen“), Monika Düker, MdL Bündnis 90/Die Grünen („Demokratisierung der Demokratie“) und Guntram Schneider, Landesbezirksvorsitzender des DGB-NRW („Ohne demokratische Bedingungen haben Gewerkschaften keine Möglichkeit sich zu entfalten“) eingeleitet.

Die Konferenz stand unter dem Motto:

„75 Jahre danach: Nie wieder! Für ein demokratisches und soziales Nordrhein-Westfalen – ohne Nazis und Militaristen!“

Dementsprechend haben wir gehandelt.

Wir haben uns in Wahlkämpfen, so zum Landesparlament, gegen Nazis und Rechtsentwicklung engagiert. Eine Plakataktion „Keine Nazis in die Parlamente“ fand wieder statt. Der 65. Jahrestag des 8. Mai 1945 wurde von uns mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen begangen. Ab dem Jahr 2007 war dann die Aktion NoNPD unsere Schwerpunktktion, in der wir mit zehntausenden Unterschriften – vor allem aber mit hunderten Stellungnahmen aus unserem Bundesland - zum eindrucksvollen Gesamtergebnis beitrugen, begleitet von Aussagen gegen das V-Leutesystem. Immer zahlreicher wurden die Naziaufmärsche im Bundesland, zum Teil haben sich terroristische Nazistrukturen herausgebildet. Rassistische Bewegungen um proNRW und um die Anhängerschaft des Sarrazynismus versuchten sich zu entfalten. Das erforderte unseren Widerstand und die Festigung von Bündnissen. In der Friedensbewegung haben wir uns bei den Ostermärschen und in Aufklärungsaktionen gegen die Militarisierung in der Kommunalpolitik, in Schulen und Argen engagiert. Zum Widerstand gegen die Straffreiheit für NS-Verbrecher wurden wir u.a. im Zusammenhang mit den – auch

juristischen - Auseinandersetzungen um die Gebirgstruppe herausgefordert. Unsere Erinnerungs- und Geschichtsarbeit kannte und kennt zwei Schwerpunkte: Die Aufdeckung der Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945 an Rhein und Ruhr unter Berücksichtigung des aufseherregenden, aber bereits wieder von FAZ o.ä. angefeindeten Buches „Das Amt“ sowie die Veranstaltungen für das Gedenken an die Massaker von 1945 und an die Insassen der Stalags in Stukenbrock und Hemer.

Der hauptsächliche Teil der Tätigkeiten unserer VVN-BdA vollzieht sich in den Kreisen und Gruppen. In Seminaren und Workshops haben wir daraus Schlussfolgerungen für unsere Arbeit gezogen. Es ist zu hoffen, dass auf der Landesdelegiertenkonferenz dazu weitere Erfahrungen schriftlich und mündlich präsentiert werden. Im Folgenden geht es um die Tätigkeit des Landesausschusses, die wiederum ohne Arbeit des ehrenamtlich geführten Landesbüros nicht denkbar wäre.

Über die Rolle der VVN-BdA heute und morgen und die Zukunftsperspektiven antifaschistischer Arbeit

Die Landesdelegiertenkonferenz vom 26. Februar 2008 in Düsseldorf führte 78 Delegierte zusammen.

Wahlen und Gremien

Die Konferenz 2008 entschied sich einstimmig, satzungsgemäß einen Sprecherrat zu wählen. Gewählt wurden als Landessprecher/innen:

Ulrike Düwel (Wuppertal), Ulrich Sander (Dortmund) und Jochen Vogler.(Wuppertal).

Gewählt wurden für den Geschäftsführenden Landesausschuss:

Bruno Bachler (Duisburg), Gisela Blomberg (Düsseldorf), Karlheinz Berger-Frerich (Ennepe-Ruhr), Alice Czyborra (Essen), Manfred Demmer (Leverkusen), Karin Gerlich (Duisburg), Ingrid Köpnick (Solingen), Traute Sander, KassiererIn (Dortmund), Jürgen Schuh, Geschäftsführer (Düsseldorf), Peter Trinogga (Köln), Klaus Wallow (Breckerfeld).

Maria Wachter und Jupp Angenfort wurden zu Ehrenvorsitzenden der Landesvereinigung gewählt. Leider sind sie im Jahre 2010 verstorben.

In der Berichtszeit verstarben auch unsere GFLA-Mitglieder Manfred Demmer und Klaus Wallow. Karin Gerlach schied durch Rücktritt aus, und für sie arbeiteten dann Doris Michels und Elmar Klevers im GFLA mit. Ingrid Köpnick schied wegen Umzugs am 1. 8. 10 aus.

Gewählt wurden in die Revisionskommission:

Heinz Müller (Ennepe-Ruhr), Margret Rest (Essen), Elke Winter-Malzkorn (Köln).

Gewählt wurden in die Beschwerdekommision:

Walter Malzkorn (Köln), Rosel Vadehra-Jonas (Essen), Claudia Wöhrmann-Adam (Köln).

Gewählt wurden als Vertreter/innen des Landesverbandes NRW im Bundesausschuss: Alice Czyborra (Essen), Gerd Deumlich für den Emslandlager-Freundeskreis (Essen), Jochen Vogler (Wuppertal); Klaus Wallow, Stellvertreter (Breckerfeld).

Tagungen des Landesausschusses und des Geschäftsführenden Landesausschuss

Tagungen des Landesausschusses der VVN-BdA fanden 12mal statt und Tagungen des Geschäftsführenden Landesausschusses 14mal. Die Tagungen erwiesen sich erneut auch als Bildungsveranstaltungen und dienten außerdem dem Erfahrungsaustausch unter den Kreisverbänden. Die Sitzungen waren verbandsöffentlich.

Die Übersicht über die Tagungen des Landesausschusses NRW (kurz LA) und die Sitzungen der Landesgeschäftsführung NRW (kurz LGF) sind in der beigefügten Chronologie zu finden.

Was wurde aus den Beschlüssen der Landeskonzferenz 2008?

Antrag 1) Gegen den militarisierten autoritären Überwachungsstaat – für Verteidigung des GG

Hierzu gab es vielfältige Initiativen, um das Thema stärker in der Friedensbewegung zu verankern. An Dokumenten liegt die Broschüre von verdi.München mit dem Referat von Ulrich Sander vom 26. 9. 2007 (Nein zum Bundeswehreinsatz im Innern) und die Stellungnahme der Landesausschusssitzung vom 17. 10. 09 vor, der in Medien veröffentlicht wurde, weitere Veröffentlichungen in „Ossietsy“, Unsere Zeit, Junge Welt usw. Es ging um die Verwirklichung von Grundgesetz und Landesverfassung, um „Militär raus aus Schulen, Argen und Rathäusern“. In Umsetzung des Beschlusses gab es auf Landesebene und in vielen Kreisen Aktionen gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern /ZMZ Inneres (Soldaten raus aus Rathaus, Schule und Arge, gegen das Reservistentreffen auf der Landesgartenschau Hemmer), gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens. Die Aktionen wurden entweder von der VVN-BdA initiiert oder mitgetragen. Weitergeleitet an den Bundeskongress.

Antrag 2) Resolution zur Friedensbewegung

Der Antrag zielte auf eine stärkere Gewichtung des demokratischen/antifaschistischen Elements in der Friedensbewegung. Der alte Gedanke der Kampagne sowohl für Frieden als auch für Demokratie aus den 60/70er Jahren sollte aufgegriffen werden.

Der Antrag fand seinen Niederschlag in unserem Engagement bei den Ostermärschen, dem 1. Mai, dem Antikriegstag, dem Jahrestag der Befreiung 8. Mai und vielfältigen anderen Aktivitäten z.B. in Rostock, in Kehl, in Büchel usw.

Die drei Hauptelemente **1) Bundeswehreinmätsche beenden, 2) Deutschland atomwaffenfrei, 3) gegen die innere Militarisierung** konnten als inhaltliche Schwerpunkte im Rahmen des Wirkens des Landesverbandes NRW verankert werden. Ferner: Schluss mit Wehrpflicht. Weitergeleitet an den Bundeskongress, dort leicht verändert angenommen.

Ein Zitat aus dem „Neuen Deutschland“ vom 21. Januar 2011 belegt das Bemühen, das auch wir vorantreiben: Der Standpunkt der Friedensbewegung „beruft sich auf das Völkerrecht und dabei insbesondere auf die **Charta der Vereinten Nationen (UN)**. Sie schließt UN-Einsätze nach Kapitel VI der Charta, das die nicht-militärische Beilegung von Konflikten vorsieht, nicht aus, die deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen der Vereinten Nationen dagegen schon.“ Weiter: „Generell haben deutsche Soldaten im Ausland nichts verloren.“

Und zwar auch keine Bundesmarine im Nahen Osten. Die **Forderung nach einer Zwei-Staaten-Friedenslösung und Frieden für Israel und Palästina**, die Solidarität mit den palästinensischen und israelischen Friedenskräften bleibt Bestandteil unserer Friedensarbeit. Wir verurteilen jeden Antisemitismus, auch einen solchen, der in der Forderung nach Abschaffung des Staates Israel daherkommt. Den Krieg Israels gegen den Gazastreifen verurteilen wir. Wir bekräftigten die Position von Uri Avnery. Dieser wurde einmal von der Zeitung „Neues Deutschland“ gefragt: Wie können Journalisten und Politiker dem Vorwurf des Antisemitismus entgehen, wenn sie sich der israelischen Politik kritisch gegenüberstellen wollen? Der israelische Friedensaktivist antwortete: Sie müssen in ihrer Kritik deutlich machen, dass sie nicht gegen die Existenz Israels sind, sondern lediglich das Interesse von Palästinensern und Israelis gleichermaßen berücksichtigen wollen. Das muss vollkommen klar sein. (ND 27. März 2006)

Dazu Ulrich Sander in einem Referat: „Vollkommen klar sein sollte auch, dass wir religiös begründete Gewalt und ebensolchen Terror nicht akzeptieren können, egal ob von Israelis oder von Arabern verübt oder von deutschen Militaristen propagiert. Die Grenze verläuft zwischen der Friedensbewegung und solchen Leuten, die Israels Existenz ablehnen. Ich meine, fällig wäre eine UNO-Erklärung, die besagt: Religiös verbrämte Kriegshetze darf nicht länger von der Religionsfreiheit gedeckt werden.“

Antrag 3) Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933 -1945“

Die eigentlichen Aktionen der „Rallye“ vor Ort liefen zögernd an. Inzwischen ist jedoch viel geschehen. Die Materialsammlung für eine spätere Buchveröffentlichung hat ein erhebliches Volumen, neue verwertbare Materialien liegen vor, auch von Gastautoren von Rang. Die Beantragung von Mitteln bei der Landesregierung NRW, der Landeszentrale für Politische

Bildung NRW erwies sich als Illusion. Die neu erworbenen fortschrittlichen Mandate in Kommunalvertretungen sollten animiert werden, in der Sache aktiv zu werden. Stand: Bitte unsere Sonderseite auf www.nrw.vvn-bda.de sehen! Problem: Wie das alles in die Gestalt der Ausstellung bringen?

Antrag 4) Gedenkstättenpolitik

Es ging in dem Beschluss gegen die **Umwidmungen** der Gedenkstätten hin zu Gedenkstätten gegen „die beiden Diktaturen“ und gegen „Extremismus“. Einen derartigen Paradigmenwechsel hat sich in NRW niemand gewagt, aber ohne Kritik verlief in einigen Gedenkstätten unseres Bundeslandes das Bemühen, durch „neue Zählungen“ die Opferzahlen zu verkleinern und zudem den **Arbeiterwiderstand** als weniger bedeutungsvoll darzustellen. Zu unserem Beschluss gab's in der Öffentlichkeitsarbeit einiger Kreisverbände (Düsseldorf, Leverkusen, Dortmund usw.) Bemühungen / Veranstaltungen. Der Geschichtskongress der VVN-BdA am 24./25. April 2010 in Berlin hat dazu neue Impulse vermittelt. Unser Antrag wurde weitergeleitet an den Bundeskongress.

Hier sei ein Kommentar und ein Zitat dazu gestattet:

Mit dem Ende 2010 vorgelegten Buch „*Wege des Gedenkens – Erinnerungsorte in NRW*“ ist der **Zeitschrift LOTTA** ein gutes dickes, faktenreiches Doppelheft gelungen. Dass unsere Kameradin Malle Bensch-Humbach aus Köln in dem Buch ihre Sicht der Dinge beschreiben konnte, ist zu begrüßen. Dass man – wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht – erfährt, wie die ansonsten nur als isoliertes Schmuttelkind zitierte VVN überall Pate stand bei der Schaffung von Gedenkstätten, ist ermutigend. Erkennbar wird und belegt ist die Tendenz, von der Thematik „Widerstand und Verfolgung“ wegzukommen hin zu a) nur das jüdische Leid und den Holocaust in der Gedenkstättenarbeit zu schildern und zu b) den Rest in Museen über den NS-Alltag abzuhandeln, den **Widerstand also unterzubuttern**. In Oberhausen und Essen ist dies offenbar so gelaufen. Woanders soll es so laufen. Aber ist das so in Ordnung? Was soll die unkommentierte Wiedergabe der Äußerung eines auch von uns sehr respektierten ehemaligen VVN-Aktivisten aus Essen, der sich für die „Überbetonung“ des Arbeiterwiderstandes durch die VVN-BdA entschuldigt? Diese „Überbetonung“ resultiert aus dem wirklichen Geschehen! In einem Punkt ergreift LOTTA klar Partei, in der Frage nach mehr Mitteln für die Gedenkstättenarbeit. Da stimmen wir hundertprozentig zu. Gut wäre es, wenn die aktuelle Geschichtsaktion der VVN-BdA „Spurensuche/Rallye ‚Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945‘“ auch einmal in LOTTA vorkäme. Aber das ist dann vielleicht auch wieder eine Überbetonung?

Hervorgehoben werden soll dies Zitat aus dem Buch: „Als problematisch erweist sich (...) die Tatsache, dass eine gesellschaftskritische **Geschichtswerkstättenbewegung**, wie sie während der 1970er und 1980er Jahre bestanden hatte, schlechterdings nur noch in Ansätzen existiert. Dennoch gibt es auch heute eine ganze Reihe bemerkenswerter Initiativen in Nordrhein-Westfalen und anderswo, die durch ihre kontinuierliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu einer lebendigen, unangepassten Erinnerungskultur ‚von unten‘ beitragen. Zu nennen ist hier beispielsweise der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege, der seit 2002 erfolgreich die bizarren Veteranen- und Angehörigentreffen der Gebirgsjäger im bayerischen Mittenwald skandalisierte und auf deren bis in die jüngste Zeit weitgehend unbeachtet gebliebenen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges aufmerksam machte.“

In diesem Zusammenhang in dem LOTTA-Buch die VVN-BdA NRW nicht zu nennen, ist sehr bedauerlich. Die **Recherche zu den Gebirgsjägern** wäre ohne uns und unser Bundeswehrarchiv nicht möglich gewesen. Wir haben enge Kontakte und ein gutes Verhältnis zur Angreifbaren Traditionspflege. Und Geschichtswerkstattarbeit betrieben und betreiben wir auch – siehe unsere Website www.nrw.vvn-bda.de mit der Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 33-45“. Da ist eine Karte zu sehen. Jeder Rote Punkt eine örtliche Recherche!

Antrag 5) Gegen Ausspähen von Privat-PCs

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz zur Onlinedurchsuchung, mit dem NRW 2006 vorgeprescht war, aufgehoben. Insofern waren unsere mit dem Antrag beschlossenen Bemühungen erfolgreich. Der Antrag ist dennoch aktueller denn je. Der „Überwachungs-

staat“ wird realisiert, wenn nicht der Widerstand stärker wird. Vorratsdatenspeicherung und Onlinedurchsuchung werden zwar von Demokraten verurteilt, die Forderung danach taucht aber regelmäßig im Rahmen von Warnungen vor Terroristen auf. Der Antrag wurde seinerzeit weitergeleitet an den Bundeskongress.

Antrag 6) Nazikameradschaften ausschalten – Naziorganisationen verbieten – Das V-Leute-System auflösen

Wir beschlossen 2008: „Mit großer Sorge sehen wir die Schaffung sog. ‚national befreiter Zonen‘, in denen Migranten, Obdachlose, Homosexuelle u.a. Minderheiten an Leib und Leben bedroht sind. Mit der NPD als Rückgrat wollen Faschisten dort Stützpunkte eines Deutschlands aufbauen, in dem Frieden und Menschenrechte erneut zerstört sind. Deshalb fordern wir: - **Verbot der NPD** - Verhinderung aller Veranstaltungen und Aktionen, an denen die NPD beteiligt ist - Einstellung aller Unterstützung der NPD, also **Abschaltung aller Spitzel** und Einstellung aller Finanzzuwendungen an die NPD - Auflösung aller sog. ‚Kameradschaften‘, die als illegale Nachfolgeorganisationen der in den 90er Jahren verbotenen FAP und anderen NS-Gruppen agieren.“

Die Aussagen dieses Antrages fanden Eingang in die bisher größte gemeinsame **Kampagne** unserer VVN-BdA auf Bundesebene, in die Aktion „NoNPD“ mit 175.000 Unterschriften und 5000 Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger. Mit Aussagen und Aktionen gegen das V-Leute-System ist die VVN-BdA an die Wurzel gegangen. Die Aktivitäten des Landesverbandes NRW am Landtag, die diversen aktuellen Materialien des Bundesverbandes trafen den Nerv. Gegen V-Leute zu wirken, muss eine der Hauptaufgaben in NRW bleiben, auch nach der NoNPD-Kampagne.

Antrag 7) Zu „ProKöln – Pro NRW“

Die Forderungen des Antrags fanden ihren Niederschlag in der aktiven und erfolgreichen Beteiligung/Mitgestaltung der Gegenaktionen in Köln, Leverkusen, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund usw. Der Landesausschuss hat sich regelmäßig mit den Schlussfolgerungen aus den großen Aktionen beschäftigt.

Antrag 8) „AG-Rheinland“ verbieten

Wie zu erwarten war, war der Forderung des Verbots der neofaschistischen Formation „AG-Rheinland“ kein Erfolg beschieden. Ein Innenminister, der vehement ein Verbot der NPD verweigert, ist da nicht aktiv geworden. Der neuen Innenminister muss stärker im Sinne des Antifaschismus informiert werden.

Antrag 9) Wiedergutmachung durch Bundeskriminalamt

Das BKA hatte die Durchsetzung des Amtes mit Gestapo- und Reichsicherheitshauptamtsleuten eingestanden. Wir forderten als zweiten Schritt die Wiedergutmachung für die Opfer von Gestapo- und RSHA-Leuten aus der Nachkriegszeit. Es ergab sich die alte Frage: Was tun? Weitergeleitet an den Bundeskongress. Es wurde ein Brief der VVN-BdA an den Innenminister gerichtet. BKA streitet alles ab. Wir müssen an dem Thema dran bleiben.

Antrag 10) Kosten für MitgliederMagazin ANTIFA

Der Beschluss wurde nicht ganz umgesetzt. Der Landesausschuss hat am 13. September 2008 den Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz noch einmal bestätigt, dass ab sofort neben dem Mitgliedsbeitrag und den 50 Cent pro Monat für die Antifa 0,25 Euro zusätzlich für die ANTIFA-incl.-Länderseite erhoben werden. Diese werden zur Finanzierung der Antifa an die Bundesorganisation abgeführt. Die Abführung von monatlich nunmehr also insgesamt 1,75 Euro an die Bundesorganisation für Bundesanteil am Mitgliedsbeitrag und für die Zeitschrift bedeuten jährlich 21.000 Euro, die die NRW-VVN-BdA an die Bundesorganisation abführt. Das ist ein Muss. Die Bereitstellung dieses Betrages durch die Kreise muss sichergestellt werden, sonst nimmt die Landesorganisation Schaden.

Antrag 11) Nazi-Täterort Vogelsang

Soll wegen des Umfangs vom Landesausschuss weiter bearbeitet werden. Ein Besuch (veranstaltet von der VVN-BdA Aachen) unter Beteiligung leider nur weniger Kreisverbände

(Wuppertal/Düsseldorf) war sehr informativ, aber es scheint sich zu bestätigen, dass der Zug der kommerziellen Nutzung abgefahren ist. Unsere Einschätzung, dass mit der aktuellen kommerziellen Nutzung der ehemaligen Ordensburg der Nazi-Charakter der Burg nicht gebrochen wird, scheint sich zu bestätigen.

Initiativantrag zur Solidarität mit Mumia Abu-Jamal

Mit der dramatischen Zuspitzung des Verfahrens und der zu befürchtenden Vollziehung der Todesstrafe, abgeschwächt im besten Fall lebenslänglich, verdient die Unterstützung der Solidaritätskampagne jede Unterstützung. Die Kampagne wird sehr gut von der VVN Wuppertal betreut. Und sie wird fortgesetzt.

Die Arbeitsfelder der VVN-BdA NRW

1. Entschädigung - Solidarität mit Opfern des Kalten Krieges und Opfern aus der zweiten und dritten Generation

Die Entschädigung der Opfer des Faschismus und ihrer Hinterbliebenen bleibt ein zentrales Anliegen unseres Verbandes. In diesem Sinne haben wir die Zusammenarbeit mit dem **Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte** angelegt.

Gemeinsam mit der **Arbeitsgruppe Angreifbare Traditionspflege** („angreifbar“ weil Herr Stoiber die Geschichte der Gebirgstruppe unangreifbar fand) und dem AK Distomo (Arbeitskreis, benannt nach einem Opferort in Griechenland) setzten wir uns für das Prinzip ein: Bestrafung der Täter – Entschädigung der Opfer. So haben wir die **Klage Deutschlands** gegen Italien in Den Haag zur Vermeidung der Verwirklichung des Urteils des höchsten italienischen Gerichtes zugunsten griechischer und italienischer Opfer mit Aufklärungsaktionen begleitet, und wir bereiten uns auf Aktivitäten aus Anlass des Prozesses vor dem höchsten Internationalen Gericht vor. In **Mittenwald** haben wir gegen die Straffreiheit für Wehrmachtverbrecher immer wieder demonstriert, – diese Aktionen gingen von Interventionen aus, die wir in Dortmund bei der Zentralen Stelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen starteten. Dort haben wir auch die Ermittlungen gegen Unbekannt im Zusammenhang mit der **Auffindung von Massengräbern in NRW** verlangt. In Hemer und Stukenbrock beteiligten wir uns an Aktionen für die **Entschädigung nicht entschädigter Zwangsarbeiter** aus den Reihen der Kriegsgefangenen.

Die nichtentschädigten Zwangsarbeiter – zumeist aus der Sowjetunion und aus Italien – brauchen unsere Solidarität. Sie sind Opfer der Wehrmacht. Während ehemalige ausländische SS-Angehörige aus Deutschland Renten beziehen, erhalten ehemalige Kriegsgefangene nichts. Zu den Aufgaben der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg gehört es u.a., den ausländischen SS-Rentenempfängern die Gelder zu entziehen, wenn ihnen Verbrechen nachzuweisen sind. Doch die Zentralstelle ist dazu nicht in der Lage. Sie hat nur 19 Mitarbeiter. Zum Vergleich: Die BStU (Stasiunterlagenbehörde) hat derzeit 1.687 Mitarbeiter. Sie ist nun 20 Jahre alt. Ludwigsburg hatte 20 Jahre nach Kriegsende 121 Mitarbeiter. Nie hatte sie ausreichende Mittel und genügend Personal, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

In Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung für Information und Beratung von NS-Verfolgten in Köln haben wir die Bemühungen für die Solidarität und Hilfe für die **Opfer aus der 2. und 3. Generation** mit begründet. In diesem Zusammenhang haben wir auf die Lage der Kinder aus verfolgten Familien sowohl vor wie nach 1945 hingewiesen, darunter solcher, die unter Hitler litten und dann auch in der Zeit des Kalten Krieges diskriminiert wurden. Für die Ghetto-Renten (50.000 Anträge von Ghetto-Arbeitern sind noch unbearbeitet seitens der deutschen Rentenversicherung, obgleich ein Gesetz dazu seit 2002 besteht) und gegen die Anrechenbarkeit russischer Renten auf Leistungen der Sozialhilfe haben wir uns als Mitglied im Bundesverband eingesetzt. (Ganz herzlich danken wir Ulrike Bach, Klara Tuchscherer und Rosel Vadehra-Jonas, die gemeinsam mit Ulrich Sander - er machte anstelle der er-

krankten Jupp Angenfort und Christoph Jetter mit - die Vertretung im Bundesverband übernahmen.

2. Wir in der Friedensbewegung - Aufklärungsarbeit gegen Militarismus

Der 50. „Geburtstag“ der **Ostermärsche an Rhein und Ruhr** ist Anlass, auf den beachtlichen Anteil der VVN-BdA an der Entwicklung der Friedensbewegung hinzuweisen. Stets haben wir für die Wiederherstellung der einheitlichen Aufgabe „Nie wieder Krieg **und** Nie wieder Faschismus“ gewirkt, nachdem Deutschland wieder zur Krieg führenden Macht wurde. Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen und Deutschland hat auf den Kriegsschauplätzen der Welt nichts verloren. So setzten wir uns ein gegen den Krieg in **Afghanistan** und gegen die heimliche Unterstützung des Krieges im **Irak**. Wir gaben der **Friedensbewegung auch einen innenpolitischen Impuls**: Bundeswehr raus aus Rathäusern und Landratsämtern (nach Enthüllungen über die heimliche „Heimatarmee“ im Innern) war unsere Losung. Keine Bundeswehr an den Argen, Schulen und Hochschulen, ist eine weitere. Dazu starteten wir Proteste und Aufklärungen, wir haben dazu Flyer und Referate erarbeitet. Gegen die reaktionären Reservisten in Hemer, die dort aus Anlass der Landesgartenschau 2010 auftraten, haben wir uns gewendet. Im Ostermarschkomitee Rhein und Ruhr waren wir dabei.

Jetzt ist eine neue Situation eingetreten, und wir haben geholfen, sie in dem Buch „Umgangssprachlich: Krieg“ (papy rossa Köln, 2010) zu verdeutlichen:

Derzeit redet man von freiwilligen Wehrpflichtigen (wer nicht musste, ging auch bisher nicht hin, sondern verweigerte), von freiwilligen Berufs- und Zeitsoldaten. Kaum einer spricht von **Reservisten** - und die sind es, die es den Militärs so leicht machen, den „Reformen“ und „Kürzungen“ zuzustimmen. Wir machten auf die Zivilmilitärische Zusammenarbeit ZMZ und die neuen Kommandos von **ZMZ** in allen Rathäusern und Landratsämtern aufmerksam. Es gibt mindestens 80.000 ständige Dienstplätze für Reservisten. Es gibt fast eine Million ausgebildete und trainierte Reservisten – sie sind und bleiben wehrpflichtig bis zum 60. Lebensjahr! Im Reservistenverband tummeln sich Neonazis und andere Reaktionäre, die sich an Waffen „fit halten“. Mit den Freiwilligen und den Reservisten wird der Krieg der „Armee im weltweiten Einsatz“ fortgesetzt. Dem gilt unser Widerstand.

3. Wir gegen die Neonazis - Kampagne NoNPD und gegen proNRW

Der Offensive der Nazis entgegen zu treten und ihren Aktionsraum einzuschränken, war im Berichtszeitraum eine notwendige Aufgabe der Landesvereinigung und ihrer Kreisverbände, die einerseits durch eigene Initiativen angegangen wurde, sich den zunehmenden Naziaufmärschen entgegen zu stellen, sie erforderte vielfältige Bündnisarbeit, bei der unsere Vereinigung ein wichtiger und anerkannter Partner blieb.

Zu nennen sind hier besonders die Regionen Aachen/Düren, Köln, Dortmund, Duisburg und zuletzt Wuppertal, wo es galt, Naziaufmärsche nach Möglichkeit zu verhindern oder zumindest einzuschränken.

Solange diese Naziprovokationen nach höchstrichterlicher Meinung eine zwar zu missbilligende, im politischen Meinungsstreit aber zu dulddende Äußerungen seien, solange also zumindest ein Verbot der NPD nicht erfolgt sei, solange gäbe es – so wird fälschlich behauptet - rechtlich keine Handhabe, diese Provokationen zu unterbinden. Im Gegenteil: Das Recht der freien Meinungsäußerung sei zu schützen.

Das ist die rechtliche Logik, nach der die rechten Aufzüge mit großem Polizeiaufwand geschützt und die vielfältigen Gegenaktivitäten kriminalisiert werden.

Dieser Un-Logik entgegen treten zu können, veranlasste unsere Vereinigung zu verschiedenen Aktivitäten.

Die **Kampagne NoNPD** begleitete uns praktisch seit der letzten LDK. Die damit verbundenen tausende Gespräche brachten nicht nur Unterschriften. Sie verankerten auch den Gedanken der vom Grundgesetz Art. 139 geforderten Auflösung und des Verbots aller faschisti-

scher Organisationen. Und sie brachte die VVN-BdA viel tausendfach ins Gespräch. Unsere Flugblätter, Zeitungen, Postkarten, Klebezettel stießen auf großes Interesse.

Die Sammlung von über 5000 inhaltlichen Stellungnahmen für ein NPD-Verbot wurde von den Kreisen unterschiedlich aufgenommen. Die Dokumentation mit vielen Stellungnahmen in der Dicke eines Telefonbuchs liegt jetzt vor. Damit sollten jetzt Parlamentarier aller Ebenen angesprochen werden.

In Briefen und Petitionen wandten wir uns an die NRW-Politiker/innen mit der Aufforderung, den **Text der Landesverfassung** von NRW umzusetzen. Im Juni 2009 hatten wir in einem Brief an die Landtagsfraktionen unsere Vorschläge übermittelt, wie die Etablierung von Neofaschisten im Landtag zu verhindern sei. Bei einem Hearing der SPD-Fraktion im Landtag wurden unsere Vorschläge gut aufgenommen. Unser Plakatangebot an die Parteien im Landtagswahlkampf, die **Plakate der VVN-BdA „Keine Nazis und Rassisten in die Parlamente!“** wurden nur in einigen Kreisen angenommen. Die Plakatstände der DKP-Düsseldorf mit unseren Plakaten wurden von der Stadt umgehend abgeräumt.

In Zusammenhang mit der Behauptung des ehem. NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, wer die Enteignung der Energiekonzerne fordere, „stehe nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“, erinnerten wir an die Landesverfassung von NRW: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“

Unser Protest gegen die Wiedererwähnung der VVN-BdA im Zwischenbericht des Verfassungsschutzes NRW 2008 hatte Erfolg. Dies hat das „Amt“ aber nicht gehindert, in der 2009 in Massenaufgabe an Schulen verbreiteten Hetzbroschüre „ANDI 3“ unsere Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ als Aufforderung zum Gesetzesbruch zu diffamieren.

Den Aufmärschen und Formierungsversuchen von **ProNRW** traten wir in Köln, Leverkusen, Düsseldorf (Gründung des Kreisverbandes wurde verhindert) und anderen Städten entgegen.

Die Aktivitäten gegen die Faschisten im Raum Aachen, in Dortmund, aber auch in anderen Städten haben wir im Berichtszeitraum nach besten Kräften mitgestaltet. Die von uns initiierten **Konferenzen antifaschistischer Initiativen und Organisation in NRW** am 7.2.2009 in Wuppertal „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!“ und am 27.2.2010 in Duisburg „noNPD – NPD-Verbot jetzt!“ sowie die Regionalkonferenzen im Raum Aachen haben zur inhaltlichen Formierung der antifaschistischen Bewegung beigetragen.

Bei allen großen Aktionen gegen Nazi-Zusammenrottungen (ob in Dortmund, Duisburg, Köln, Aachen, Wuppertal, Krefeld usw.) war die VVN-BdA initiiierend und organisierend dabei und war auch optisch präsent.

Von den Landeskonferenzen in Wuppertal und Duisburg liegen **Reader** vor.

Schließlich sei der **Höffkes-Prozess** hier erwähnt. Im Prozess des rechten Propagandisten Karl Höffkes gegen die VVN-BdA vor dem Berliner Landgericht wg. Verleumdung konnten wir obsiegen. Der rechte Filmkaufmann zog angesichts unserer guten Argumentationen (Danke an Hartmut Meyer Archiv und DISS) und des Wirkens von Rechtsanwalt Eberhard Reinecke seine Klage zurück, bzw. sie wurde abgewiesen.

4. Entlarvung von Kriegsverbrechern.

Unsere jahrelangen Aktionen, Proteste und Prozesse zum Thema Entlarvung von Kriegsverbrechern fassten wir zusammen in der **Dokumentation „Eine Mordstruppe – Die Wahrheit über den völkisch-militaristischen Gebirgsgruppen-Kameradenkreis“** (hg. vom Bundesausschuss der VVN-BdA, Herbst 2009). Wenigstens einer der 196 von uns angezeigten Gebirgsjäger-Täter wurde verurteilt (Fall Sepp Scheungraber, verurteilt im August 2009 zu lebenslänglich, das Urteil ist seit Ende 2010 rechtskräftig).

Der Kameradenkreis Gebirgsgruppe e.V. (Sitz München) hatte versucht, Ulrich Sander, Bundes- und Landessprecher der VVN-BdA, durch das **Nürnberger Landgericht** zur Unterlassung folgender Äußerungen zu verurteilen. Das misslang. Wir dürfen – auch Dank Rechts-

anwalt Eberhard Reinecke - weiter schreiben: 1. „Es wird darauf hingewiesen, dass der Kameradenkreis nicht nur die Kriegsverbrechen der NS-Gebirgstruppe verharmlost und die Täter schützt, er ist nun auch dazu übergegangen, die Nichtverfolgung der Untaten als erforderlich für die heutige Kriegsführung der Bundeswehr und der NATO-Alliierten zu bewerten.“ 2. „Zudem klärten wir über das Wirken des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V. auf, der aus dem Kreis der NS-Wehrmachtsangehörigen heraus gegründet wurde und zahlreiche Kriegsverbrecher in seinen Reihen hatte“ (nach Gerichtsverhandlung u.a. am 20. 5. 09).

Für uns bleibt gültig: Es müssen die **Täter bestraft werden, und es muss eine Entschädigung der Opfer erfolgen**. Massenmörder sind zu bestrafen, nicht jene, die sie so nennen. Dabei blieb es auch, als der Bundeswehroberst Georg Klein – bis heute unbestraft – ein Massaker unter der Zivilbevölkerung in der Nähe von **Kundus** befehligte (Tanklaster-Bombardement). Das erste deutsche Kriegsverbrechen dieser Art seit 1945. Dazu erklärten wir am Tag nach dem Massaker am 5. September 2009 auf einer antifaschistischen Kundgebung in Dortmund:

„Militaristen wollten der VVN-BdA in juristischen Verfahren verbieten, die Gräueltaten der faschistischen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechen zu nennen und die Tradition der Gebirgstruppe als verbrecherisch zu bezeichnen. Dazu und zu den Gerichtsverfahren gegen Täter aus der Wehrmacht stellte Bundeswehrgeneral a.D. Jürgen Reichardt in Publikationen für die Bundeswehr fest, dass die heutigen Bundeswehrsoldaten ‚in Situationen‘ geraten könnten, in denen sie wie einst die Gebirgstruppler ‚überreagieren‘. Sie müssten dann befürchten, noch nach Jahrzehnten vor Gericht gestellt zu werden. Deshalb sollte, so schien Reichardt zu meinen, Schluss sein mit der Verurteilung der Wehrmachtsverbrechen und der Wehrmachtsverbrecher. Reichardt sprang in seinem in der ‚Gebirgstruppe‘ veröffentlichten Beitrag ausdrücklich dem in München zu lebenslänglicher Haft verurteilten Leutnant a.D. Joseph Scheungraber bei, der wegen des Mordes von 14 italienischen Zivilisten angeklagt war.

Neue Kriegsverbrechen deutscher Soldaten, zu denen sie durch solche Ermutigungen getrieben wurden, werden gemeldet. Über 100 Afghanen brachte gestern ein Oberst Klein mittels Bombardement in der Nähe von Kundus ums Leben. An der Bombardierung serbischer Städte war die Bundeswehr 1999 beteiligt. Wir hoffen, dass Oberst Georg Klein ebenfalls vor Gericht kommt und wie Scheungraber verurteilt wird. Doch davor stehen die Urteile und Entscheidungen höchster Gerichte. Sie haben deutsche völkerrechtswidrige Kriegseinsätze zugelassen, sie haben das Verbot des Angriffskrieges nach Artikel 26 des Grundgesetzes faktisch aufgehoben und auch den Artikel 139, der den deutschen Faschismus ächtet.“ (aus einer Rede von Ulrich Sander)

An der Bekämpfung der militaristischen Rituale der Bundeswehr und der Wehrmachtsveteranen halten wir fest. Erfolgreich waren wir auch in einem Prozess, den unser Landesgeschäftsführer **Jürgen Schuh** und andere führten, nachdem sie 2008 unter entwürdigenden Bedingungen in Mittenwald beim Protest gegen die Gebirgstruppe verhaftet wurden.

5. Zur Geschichtsarbeit

Die Geschichtsarbeit, d.h. das Gedenken an die Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, das Wachhalten der Erinnerungen und die Trauer über die unvorstellbaren Verbrechen des Faschismus gehören zu den wesentlichen Aufgaben der VVN-BdA. Zu unserem Selbstverständnis gehört es, dass wir diese Verbrechen anklagen und die gesellschaftlichen Ursachen, die Schuldigen und deren Interessenslagen darlegen. Nur so können wir das antifaschistische Gedenken mit dem aktuellen antifaschistischen, antimilitaristischen und antirassistischen Handeln verbinden.

In der VVN-BdA NRW geschieht der wichtigste Teil der Arbeit, auch der Geschichtsarbeit, in den Kreisorganisationen. Die tatkräftige Unterstützung der jährlichen Manifestationen rund um Ostern in der **Wenzelnbergsschlucht**, der **Bittermark** und in **Lippstadt** sowie am ersten Septemberwochenende in **Stukenbrock** und im dortigen Jugendcamp gehört dazu.

Das Internationales Rombergparkkomitee, einer Vereinigung von Antifaschisten aus sieben Ländern (Ländern, die im Frühjahr 1945 in den Wäldern der Bittermark/Rombergpark zu beklagen haben) wird von der VVN-BdA NRW nach Kräften unterstützt.

Verbessert hat die VVN-BdA NRW ihre Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“.

In mehreren Städten ging die Aktion **Stolpersteine** weiter. Neue Stolpersteinlegungen stehen bevor. Stadtrundgänge zu Orten des Widerstandes und der Verfolgung stehen in vielen Orten auf dem Programm. Wir bekunden: Den Opfern sollen Stolpersteine gewidmet sein, aber auch die Täterorte sind zu markieren. (Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“) Neue Projekte, die wir unterstützen, sind „**Der Zug der Erinnerung**“ für 12.000 in die Vernichtungslager verschleppte Kinder.

Die gemeinsame Einweihung der Gedenktafel für unseren langjährigen Präsidenten **Jupp Rossaint** an der Kirche St. Mariä-Empfängnis in Düsseldorf durch die kath. Kirche und VVN-BdA war ein Novum.

Die Ausstellung „**Lya und Hanns Kralik** – Gesichter des deutschen Widerstandes“ wurde vom 21. Oktober bis 31. Dezember 2010 im Foyer le Pont in Paris gemeinsam von der Düsseldorfer Aktion Sühnezeichen und der VVN-BdA gezeigt. Auch dies eine gelungene Bündnisaktion zur Geschichts- und Kulturarbeit. Lya und Hanns gehörten zu den deutschen WiderstandskämpferInnen in der Resistance. Hanns war von 1945 bis 1951 Kulturdezernent in Düsseldorf. Wurde dann aufgrund des „Adenauer-Erlasses“ gefeuert. Der Katalog der Pariser Ausstellung ist über nrw@vvn-bda.de für 5,- Euro erhältlich.

6. Asylsuchende und Abschiebungsoffer

Unsere Solidarität mit Abschiebungsoffern, Asylsuchenden und Roma/Sintis haben wir in Veröffentlichungen auf unserer WebSite verdeutlicht. Wir haben die Herausgabe der Ergebnisse der Konferenz antifaschistischer Organisationen und Initiativen vom Februar 2010 in Duisburg unterstützt, die sich dieser Thematik ausführlich angenommen hat. Eigene Aktionen zu dieser Frage sollten wir uns wieder stärker vornehmen.

7. Bildungsarbeit

Eine Kommission Mitgliedergewinnung wurde vom Landesausschuss ins Leben gerufen. Ein großer Teil der Bildungsarbeit des Verbandes wurde von dieser Kommission in die Hand genommen. Sie stellte fest:

Eine wesentliche Herausforderung der VVN-BdA ist die Mitgliederstagnation und damit die Überalterung des Verbandes. Das bedeutet, dass immer weniger Kameradinnen und Kameraden Mitglieder der VVN-BdA sind, die den Faschismus selbst erlebt haben. Eine weitere Herausforderung ist deshalb der **Übergang von der Generation der Widerstandleistenden zu der Generation der Kinder und Enkel**.

Die Kommission Mitgliedergewinnung hat Eckpunkte für die weitere Entwicklung des Landesverbandes diskutiert. Diese Eckpunkte sind gegliedert in Zielstellungen des Verbandes und die Bündnispolitik.

Die Kommission hat inzwischen **mehrere Workshops** mit Interessierten Kameradinnen und Kameraden aus vielen Kreisen durchgeführt, in denen die Zukunft des Verbandes diskutiert wurde. Der erste Workshop im Dezember 2009 war eine Zukunftswerkstatt in der diskutiert

wurde, auf welchen Feldern sich denn der Verband weiterentwickeln soll. Es handelte sich dabei um die Bereiche

- Medien / wissenschaftliche Arbeit
- Kommunikation / Vernetzung
- Bündnispolitik / Kontakte zu anderen Organisationen
- Organisationspolitik / Mitgliedergewinnung
- Finanzen
- Aktionen

Die Diskussionsergebnisse wurden in einem **Reader** festgehalten und Verbandsweit kommuniziert.

Zur Vernetzung: Bei der Nutzung der modernen Medien, wie Internet gibt es erhebliche Niveauunterschiede in den jeweiligen Kreisverbänden. Während einige Kreisverbände ihre jeweiligen Internetauftritte dynamisch auf dem neusten Stand halten, gibt es viele Kreise, die das Internet kaum nutzen.

In einem Workshop Juli 2010 wurde den Teilnehmenden die **Möglichkeiten des Internets** als Kommunikationsmittel nahegebracht. Schwerpunkt war das durch den Bundesvorstand angebotene Internetportal. Darin ist die Gestaltung bereits vorgegeben. Die einzelnen Kreise müssen nur noch die Inhalte einpflegen. Über die dahinterhängende Technologie muss sich niemand mehr Gedanken machen.

Inzwischen ist die Zahl der VVN-Homepages in NRW, die dieses Werkzeug nutzen deutlich angestiegen.

Die Beschäftigung mit der Verbandsentwicklung wurde im Dezember 2010 mit einem weiteren Workshop Bündnispolitik/Mitgliederwerbung fortgesetzt. In diesem gut besuchten Workshop ging es im wesentlichen um die Verbesserung der **Bündnispolitik** des Verbandes.

Welche Prinzipien müssen bei der Bündnispolitik beachtet werden und wer ist verantwortlich?

Wie entwickelt der Verband Gegenöffentlichkeit und erhöht seine Attraktivität für potentielle Bündnispartner?

Welche Inhalte müssen zukünftige Bündnisse haben um gegebenenfalls die strategische Initiative zu erlangen?

Die Ergebnisse dieses Workshops werden ebenfalls in einem Reader zusammengefasst und Verbandsintern veröffentlicht.

Für die nächste Zukunft sind weitere Workshops geplant.

8. Herausgabe von Publikationen – Öffentlichkeitsarbeit

Wir sind mit wichtigen Neuerscheinungen hervorgetreten, so u.a. mit:

- *“Sprung in die Freiheit – die Geschichte des Josef A.“*
Die Geschichte unseres Kameraden Jupp Angenfort, Vorsitzender der FDJ, jüngster Landtagsabgeordneter der KPD im Landtag von NRW, verhaftet unter Missachtung seiner Immunität als Abgeordneter des Landtages. Von 1988 bis 2010 Landesvorsitzender/Sprecher/Ehrenvorsitzender der VVN-BdA NRW.
Ein Buch von Hannes Stütz.
- *Dr. Joseph Cornelius Rossaint (1902-1991)*
Ein Buch von Karl Heinz Jahnke / Alexander Rossaint über Leben und Werk von Jupp Rossaint, Kaplan, Widerstandskämpfer, ehem. VVN-Präsident.

- „Eine Mordtruppe“
Die vollständige Dokumentation der jahrelangen – zuletzt auch juristischen - Auseinandersetzung zwischen dem völkisch-militaristischen „Kameradenkreis Gebirgstruppe“ in Mittenwald und der VVN-BdA.

Eine „Broschürensammlung“ unserer Landesorganisation wurde nicht gedruckt, sondern auf unsere WebSite www.nrw.vvn-bda.de gestellt. Dort können die Broschüren heruntergeladen werden. (Siehe auch das Papier „Literaturangebot“)

Einen wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit stellen Presseerklärungen dar, vor allem und wirkungsvoll jene, die auf unsere Web Site gestellt wurden. Unserem Webmaster Jan Große Nobis sei an dieser Stelle sehr gedankt, er hat unsere Website (siehe unten) zu einer stark beachteten Publikation gemacht.

Wir gestalteten ferner alle zwei Monate eine Landesseite NRW in unserer Zeitschrift der VVN-BdA „antifa“.

Die Verbreitung der „antifa“, die allen Mitgliedern zugeht, muss auch unter Nichtmitgliedern ausgeweitet werden. Das wird uns in der Zukunft beschäftigen müssen.

Website-Bericht

2008	wurden 93 Artikel online gestellt plus 24 Meldungsseiten des Hartmut-Meyer-Archivs	
2009	wurden 121 Artikel online gestellt plus 23 Meldungsseiten des Hartmut-Meyer-Archivs	
2010	wurden 137 Artikel online gestellt plus 25 Meldungsseiten des Hartmut-Meyer-Archivs	
seit 2008	wurden 11 Broschüren online gestellt:	
	Zur Geschichte der VVN in Nordrhein-Westfalen.	
	50 Jahre VVN NRW	10.01.2011
	Weißbuch der VVN. In Sachen Demokratie	02.12.2010
	Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit (Wiederholung)	20.11.2010
	Der Fall Achenbach. Fast 100 Prozent Kontinuität	15.10.2010
	Reader 29. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW 27. Februar 2010 Duisburg	04.05.2010
	Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien. Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens - Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt.	17.02.2010
	Das vergessene braune Erbe.	
	60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen	04.11.2009
	Für Wahrheit und Gerechtigkeit. Helmuth Hübener	31.10.2009
	Zum Schutz für Kriegsverbrecher und zur Verharmlosung ihrer Taten durch den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V.	
	Antworten zur geschichtsrevisionistischen Tätigkeit des Kameradenkreises Gebirgstruppe	17.06.2009
	UZ extra: Das Thema: Die verdrängte Schuld der Republik	17.08.2008
	NS-Verfolgte. 40 Jahre ausgegrenzt und vergessen	13.08.2008

2010 wurden einige Neuerungen eingeführt:

- **RSS-Feed** für die Website der VVN-BdA NRW (Juli 2010)
- Medien-Seite mit **Webfeeds** „**Antifa-Newsfeeds zusammengestellt von der VVN-BdA NRW**“ erstellt mit (Juni 2010)
 - den **neuesten Nachrichten antifaschistischer Info-Portale** u.a.:
 - NRW rechtsaußen <http://nrwrex.wordpress.com/>
 - NPD-BOG.INFO <http://npd-blog.info/>

- Störungsmelder <http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/>
- Der rechte Rand <http://www.der-rechte-rand.de/>
- ENDSTATION RECHTS. <http://www.endstation-rechts.de/>
- Hagalil <http://www.hagalil.com/archiv>
- Suchabfragen bei google news zu antifaschistischen und historischen Themen
- News antifaschistischer Gruppen aus NRW
- weiterführenden Links
- antifaschistischen Musikvideos.
- Download-Seite mit Werbe-Bannern für die VVN-BdA NRW und Bildschirmhintergründen (Februar/März 2010)
- Geschlossener Downloadbereich mit Vorlagen für Briefkopf, Plakat und Info-Flyer über die VVN-BdA (zur Verwendung für die Kreisverbände) und einer Anleitung für das Redaktionssystem der Bundes-VVN (März 2010)

9. Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“

Inzwischen sind in vielen NRW-Städten Aktionen und Kampagnen zur Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“ angelaufen. Genau verfolgen lässt sich dies auf unsere interaktiven Karten auf der web-site des Landesverbandes. (<http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de>). Klickt man auf die Orte mit dem roten Punkt, erscheinen **Texte zu den Profiteuren des Naziregimes** und den Aktionen der VVN-BdA vor Ort wie örtliche Mahnwachen, Stadtrundgänge, Publikationen und Bürgeranträge zur Aufklärung über die Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945. Aktionen der VVN-BdA und anderen Antifaschist/innen und Antifaschisten gab es bislang in Bielefeld (Oetker), Herten (Zwangsarbeit im Bergbau), Dortmund-Eving (Kirdorfsiedlung), Dortmund-Mitte (Ex-Springorum-Villa), Dortmund-Hörde (Zwangsarbeit in der Stahlindustrie), Essen (Krupp), Mülheim (Kirdorf), Düsseldorf (Industrieklub), Leverkusen (IG Farben), Köln (Hitler und Banker in Villa Schröder), Kreuztal (Flick) und Siegen (Zwangsarbeit in Südwestfalen). In Kreuztal unterstützten wir die erfolgreiche Bewegung für die Umbenennung des Flick-Gymnasiums.

Das **Anbringen von Mahntafeln** stößt auf viele Hindernisse, so hat die Stadt Essen auf der Ratsausschusssitzung für Eingaben am 09. November 2010 erneut abgelehnt, sich mit dem Antrag der VVN-BdA, in dem gefordert wurde, eine Mahntafel an der Geschäftsstelle der FDP in der Seidlstraße anzubringen, um damit auf die verhängnisvolle Rolle von Dr. Ernst Achenbach während der Zeit des deutschen Faschismus hinzuweisen, zu befassen. Anträge an den Rat der Stadt Hagen betr. Günther Quandt und an den Rat der Stadt Bonn betr. Hermann-Josef Abs sind gestellt. Ebenfalls soll Lüdenscheid wegen Quant und Naumann (Fa. Busch-Jäger) angesprochen werden.

10. Im Bündnis gestaltete antifaschistische Konferenzen

Wir initiierten und bereiteten vor die Konferenzen Antifaschistischer Initiativen und Organisationen, die unter der bewährten Leitung unseres Kameraden Kurt Heiler standen. Es handelte sich im Berichtszeitraum um diese Konferenzen:

7.2.2009 28. Konferenz antifaschistischer Initiativen & Organisationen in NRW in Wuppertal
Losung: „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!“

Im Reader veröffentlicht die Statements von Ulrike Düwel (Landessprecherin NRW), Sevim Dagdelen (MdB Partei „Die Linke“), Monika Düker (MdL-NRW), Marc Neumann, Prof. Dr. Wolfgang Dreßen (Uni-Düsseldorf) und Antifa KOK.

27.2.2010 29. Konferenz antifaschistischer Initiativen & Organisationen in NRW in Duisburg
Gut besucht, aber Schwächen in der Einbeziehung von Bündnispartnern. Stabilisierung der Beziehungen zu DIDF und Landesverband der Sinti und Roma NRW. Der Reader der

Konferenz liegt wenig später vor.

11. Zur Arbeit mit unseren Archiven

In der Landesgeschäftsstelle wird weiterhin in sehr mühevoller und aufwendiger Arbeit das Archiv des Widerstands (ursprünglich gesammelt von Karl Schabrod) digitalisiert und eine CD als **Findmittel** erstellt. In diesem Projekt werden alle Informationen über die Verfolgungen und die Widerstandshandlungen der Mitglieder aus der Zeit vor 1945 erfasst. Der Bestand beträgt bis jetzt 15 lfd. Meter, dazu kommen noch weitere Unterlagen aus der Geschichtsarbeit der VVN-BdA.

Der **Stand der Archiverfassung zum Widerstand an Rhein und Ruhr** ist derzeit:

Die VVN-BdA NRW betreibt das Projekt der elektronischen Erfassung des Bestandes „Archiv des Widerstandes NRW 1933 – 1945“. Das Ziel dieses Projektes ist das erleichterte und schnellere Auffinden von Schriftgut im Archiv durch ein elektronisches Findbuch, das auf CD-Rom den Kreisen der VVN/BdA NRW zur Verfügung gestellt werden soll.

Bisher ist der Bestand durch folgende Findmittel erschlossen: eine Personenkartei, eine Prozesskartei und eine Materialienkartei.

Die Sammlung wurde ca. 1950 mit einer Fragebogenaktion der Kreisvereinigung Düsseldorf begonnen, um das Schicksal der Verfolgten des NS-Regimes zu erforschen und Wiedergutmachungsansprüche der Überlebenden und ihrer Angehörigen zu belegen. Das Sammlungsgut enthält weitere Fragebogenaktionen der Geschichtskommission der VVN NRW aus den folgenden Jahren.

Weiter sind in ihr enthalten: Teile der Korrespondenz von Karl Schabrod aus den 1960er Jahren, handschriftliche Notizen zumeist von Karl Schabrod aus den 1960er Jahren und Notizen sowie Informationen über das Schicksal von Kamerad/innen und Nazi-Tätern.

Zusammengetragen von der NRW-Geschichtskommission der VVN 1964/65 ist dies: Fotografien, Ablichtungen und Kopien von Teilen der Anklage- und Urteilsschriften sowie Schriftverkehr der Verfolgungsbehörden. Ferner: Originale von Teilen der Anklage-, Urteilsschriften, Schriftverkehr der Verfolgungsbehörde; Zeitungen, sowie Mikrofilme von Teilen der Anklage-, Urteilsschriften, Schriftverkehr der Verfolgungsbehörde. Weiter illegale Materialien: Klebezettel, Flugblätter, Tarnschriften, sodann Lebensläufe, Selbstzeugnisse, Erinnerungsberichte, Nachrufe und Gedichte sowie Broschüren, Tagebücher.

Bei der elektronischen Erschließung des Sammlungsguts werden neben der Signatur der Archivalien, Namen und Geburtsdaten, Aktenzeichen, Organisationen, Orte, Art und Umfang des Schriftguts erfasst, so dass in diesen Kategorien nach Überlieferungen gesucht werden kann. Bisher sind **5.890 Einheiten erfasst. Noch ca. 500 warten auf ihre Erfassung.**

Weiterhin wurde das antimilitaristische **Bundeswehrrarchiv** fortgeführt, allerdings nicht systematisch.

Enger Kontakt wurde zu den Archiven des **DISS und DIZ** (Duisburger Institut für Sprache und Sozialforschung und Dokumentations- und Informationszentrum der Moorlager in Papenburg) gepflegt. Gerd Deumlich, Klara Tuchscherer und Jochen Vogler halten den Kontakt zum DIZ.

Das Hartmut-Meyer-Archiv zum Neonazismus wird jetzt verstärkt von der Bundesorganisation unterstützt. Aber der traditionelle gute Kontakt der VVN-BdA NRW zum HMA bleibt erhalten.

Mitgliederentwicklung und Organisationsstrukturen

Der Landesverband NRW der VVN-BdA hatte per 31.12.2007 1.001 Mitglieder (rund 230 weniger als im September 2002 bei unserer vorletzten Landesdelegiertenkonferenz). Per 31.12.2010 hat er 1003 Mitglieder. Sie sind in 21 Kreisvereinigungen organisiert, oder es handelt sich um Einzelmitglieder in Orten ohne VVN-BdA Organisation.

Die Zahl der Neuaufnahmen im Jahr 2008: 38, 2009: 43, 2010: 26.

Die Kreisvereinigungen sind:

Aachen
Bochum/Herne
Dortmund und Umland
Düsseldorf und Umland
Duisburg
Ennepe-Ruhr/Hattingen/Witten/Schwelm
Essen
Gelsenkirchen
Gütersloh
Hagen
Köln/Bonn/Berg.-Gladb./Leverkusen
Krefeld/Kempen
Minden
Mülheim
Münster
Neuss
Recklinghausen/Herten/Marl
Remscheid
Siegen
Solingen
Wuppertal/Velbert/Radevormwald

Stützpunkte gibt es in Bottrop, Lippstadt, Lüdenscheid, Wermelskirchen.
Bonn, Leverkusen und Bergisch-Gladbach werden kassenmäßig von Köln mit erfasst.
Die Kreise Aachen, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Ennepe-Ruhr, Essen, Köln, Mülheim, Münster, Recklinghausen, Remscheid und Wuppertal arbeiten mit je einem Mitglied im Landesausschuss mit – allerdings nicht alle regelmäßig.

Solidarität ist auch weiterhin notwendig

Spendet unter dem Stichwort „Spende gegen das Vergessen – für die Archive“ an die VVN-BdA NRW, Konto Postbank Essen BLZ 360 100 43, Konto Nr. 282 12-435.

Wuppertal, den 3. Februar 2011

Dieser Bericht wurde von den Kameradinnen und Kameraden Gisela Blomberg, Falk Mikosch, Ulrich Sander, Jürgen Schuh, Klara Tuchscherer und Jochen Vogler verfasst. Dank auch für die Mitarbeit von Jan Große Nobis und Traute Sander sowie Karl-Heinz Berger Fre-
rich.